



## Gemeinde Mainhardt

### Niederschrift über die öffentlichen Verhandlungen des Gemeinderats vom 15. Mai 2019

**Beginn:** 17:00 Uhr  
**Ende:** 20:15 Uhr

#### Vorsitzender

Komor, Damian

#### Mitglieder

Auwärter, Martina  
Bommerer, Thomas  
Braun, Doris (ab 17.45 Uhr, TOP 4)  
Braun, Volker  
Correll, Wilfried  
Feger, Heiko  
Feuchter, Wolfgang  
Honold, Rüdiger  
Kallina, Udo  
Kemppel, Stephan  
Kopf, Katja  
Koppenhöfer, Thomas  
Mack, Walter  
Müller, Simon  
Nagel, Heiko  
Schoch, Tilman  
Schweizer, Bernhard  
Weidner, Gerhard  
Weiß, Monika  
Zendler, Fritz

#### Schriftführung

Häfner, Daniela

#### Verwaltung

Göbel, Marvin  
Heiden, Volker  
Wagenländer, Friedmar

#### Ortsvorsteher

Hofmann, Bettina  
Nägele, Jürgen  
Rüger, Roland

**Öffentliche Sitzung vom 15. Mai 2019**

**Entschuldigt fehlen:**

Mitglieder

Enderle, Alexander (privat verhindert)  
Vogelmann, Rainer (krank)

Zur Beurkundung:

Damian Komor  
Bürgermeister

Daniela Häfner  
Schriftführerin

Gemeinderat:

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

		Vorlage Nr.
TOP 1	Bekanntgaben	
TOP 2	Anfragen und Anregungen des Gemeinderats	
TOP 3	Einwohnerfragestunde	
TOP 4	Nahwärmeversorgung Mainhardt - Vorstellung der gemeinsamen Konzeptstudie von Forstbetriebsgemeinschaft Mainhardter Wald e.V. (FBG), Holz- und Wald GmbH (HoWa) und EMW	045/2019
TOP 5	Ehemaliges Gasthaus Stern - Nutzungskonzept	050/2019
TOP 6	Vergabe Windschutz Friedhof Mainhardt	046/2019
TOP 7	Jahresrechnung 2017- Vorläufiges Ergebnis	047/2019
TOP 8	Kindergartenbedarfsplanung 2019/2020	043/2019
TOP 9	Neubau Kindergarten - Vergabe	039/2019
TOP 10	Schulsanierung Helmut-Rau-Schule - Vergabe Übergangslösung	040/2019
TOP 11	Pumpgebäude Baad einschließlich Förderleitung - Vergabe	038/2019
TOP 12	Bebauungsplan Quartier Schönblick, 1. Änderung - Satzungsbeschluss	041/2019
TOP 13	Außenbereichssatzung Baad, 1. Änderung - Satzungsbeschluss	042/2019
TOP 14	Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Ziegelbronn - Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss	044/2019
TOP 15	Anschaffung Motorradlärm-Display - mündlicher Bericht	
TOP 16	Bausachen	

## Öffentliche Sitzung vom 15. Mai 2019

### § 1 Bekanntgaben

#### Beratungsverlauf:

BM **Komor** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Mitglieder des Gemeinderats. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde und keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

Er gibt anschließend bekannt, dass sowohl der Haushaltsplan als auch der Wirtschaftsplan der Rechtsaufsicht vorgelegt und von der genehmigt worden seien.

Anschließend geht BM **Komor** nochmals auf die Belagsanierung des Rottalsträßchens ein und zitiert hierzu aus einer Nachricht von Herrn Menger an Herrn Schmidt im Landratsamt Schwäbisch Hall wonach keine Bedenken gegen die geplante Sanierung bestünden und auch nicht hinsichtlich der Unverträglichkeit des üblicherweise verwendeten Teerbelags auf anderen Straßen.

## Öffentliche Sitzung vom 15. Mai 2019

### § 2 Anfragen und Anregungen des Gemeinderats

#### Beratungsverlauf:

Gemeinderat **Schoch** bemängelt die schlechte Lesbarkeit der Stimmzettel zur Gemeinderatswahl. Frau **Häfner** bedauert keine Abhilfe schaffen zu können, da dies an der für die Stimmzettel vorgegebenen Farbe liege.

Gemeinderat **Mack** möchte wissen, ob es für den Notfall ein Konzept zur Stromversorgung Mainhardts gebe. Er habe gehört, dass dies in anderen Kommunen bereits angedacht sei. Dieses Thema werde derzeit durch das Krisenmanagement des Landkreises angegangen, informiert BM **Komor**.

Gemeinderat **Feger** macht auf kaputte Randsteine in Hütten aufmerksam und Gemeinderat **Weidner** auf den schlechten Zustand verschiedener Feldwege. In beiden Fällen sichert Herr **Heiden** zu, dass die Schäden ausgebessert würden.

-

**§ 3 Einwohnerfragestunde**

**Beratungsverlauf:**

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde meldet sich ein Bürger zu Wort um sich zu erkundigen, ob aufgrund der lang anhaltenden Trockenperioden und den steigenden Temperaturen Probleme in der Wasserversorgung abzusehen seien. Dies sei nicht der Fall, beruhigt BM **Komor**, der auf die Trinkwasserkonzeption aus dem Jahr 2014 hinweist, die zwischenzeitlich weitestgehend umgesetzt sei. Dies garantiere unter anderem eine stabile Wasserversorgung Mainhardts.

Eine Einwohnerin erkundigt sich danach, was seitens der Gemeinde zur Belebung der Innenstadt angedacht sei. Schließlich sei die Gemeinde am Wachsen, da brauche es auch immer mehr an Infrastruktur. Der Ausbau der Infrastruktur sei erklärtes Ziel des Gemeinderats, deshalb würde auch ein neuer Kindergarten geplant und die Schule saniert. Hinsichtlich des Angebots im Bereich Einzelhandel etc. seien aber auch immer die Einwohner gefragt, die das vorhandene Angebot auch nutzen müssten, unterstreicht BM **Komor**.

Ein weiterer Einwohner möchte wissen, ob es im Bereich Schönblick Überlegungen für ein Verkehrskonzept gebe, was BM **Komor** verneint. Er sichert aber zu, dass entsprechend reagiert werde, wenn sich hier durch die Neubebauung Probleme abzeichneten.

## Öffentliche Sitzung vom 15. Mai 2019

### **§ 4 Nahwärmeversorgung Mainhardt - Vorstellung der gemeinsamen Konzeptstudie von Forstbetriebsgemeinschaft Mainhardter Wald e.V. (FBG), Holz- und Wald GmbH (HoWa) und EMW Vorlage: 045/2019**

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Konzeptstudie zum Ausbau der Nahwärmeversorgung im Gemeindegebiet Mainhardt zu.

Anstatt einer Neuanschaffung der Hackschnitzelanlage in der Schule, wird einem zinslosen Darlehen i.H.v. bis zu 500.000 € an die FBG/HoWa als Betreiber der Heizzentrale zugestimmt. Damit beteiligt sich die Gemeinde an dem Gemeinschaftsprojekt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Komor** verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 045/2019, in der die Schwierigkeiten geschildert werden, die mit der 15 Jahre alten Hackschnitzanlage zwischenzeitlich verbunden seien. Im Sachverhalt werden außerdem die verschiedenen Möglichkeiten erörtert, wie hier Abhilfe geschaffen werden könnte, wobei die Empfehlung der Verwaltung dahingehe, nicht selbst in eine eigene, neue Anlage zu investieren sondern sich statt dessen mit der Gewährung eines zinslosen Darlehens an der geplanten Kooperation der EMW mit dem Waldbauverein zu beteiligen.

Anschließend übergibt er das Wort an Herrn **Weidner**, der in seiner Präsentation, die der Sitzungsvorlage als Anlage beigelegt ist, zunächst die Institutionen des Waldbauvereins der Forstbetriebsgemeinschaft und der Holz- und Wald GmbH vorstellt. Des Weiteren geht Herr Weidner auf die Vorzüge der Heizung mit Hackschnitzel ein und erläutert dann das Konzept der Nahwärmeversorgung, in das auch die EMW eingebunden werden solle.

Anschließend zeigt Herr **Hofmann** von den Stadtwerken anhand eines Plans die Bereiche auf, die bereits zum Nahwärmeverbund zusammengeschlossen seien und erläutert den nachfolgend geplanten Ausbau. In einem weiteren Schritt sollten jetzt die Gebiete angegangen werden, die nicht bereits mit Gas versorgt würden, so dass das Netz noch erweitert und schließlich auch an die neue Heizzentrale angeschlossen werden könnte. Abschließend benennt Herr Hofmann die aus seiner Sicht notwendigen nächsten Schritte und gibt dann das Wort zurück an BM **Komor**.

Dieser eröffnet die Aussprache mit dem Hinweis, dass es sich bei dieser Kooperation um ein zukunftsfähiges Gemeinschaftsprojekt handle, bei dem sich die Gemeinde jetzt entscheiden müsse, ob sie sich beteiligen wolle.

Eine klare Stellung hierzu bezieht Gemeinderat **Schweizer**, der sich dafür ausspricht, diese große Chance, nachhaltig agieren zu können, zu nutzen.

## Öffentliche Sitzung vom 15. Mai 2019

Seine grundsätzliche Unterstützung sagt auch Gemeindart **Feuchter** zu, der überlegt, wie die Beteiligung konkret aussehen könne. Das Gebiet rund um die Bergstraße könnte für einen Nahwärmeanschluss durchaus interessant sein, vermutet er und bittet darum, dies zu untersuchen.

Gemeinderat **Feger** möchte wissen, wie hoch die Wärmekosten beim Anschluss an Nahwärme durchschnittlich seien und wie viele Haushalte anschließen müssten, um die Anlage sinnvoll nutzen zu können. Da sich für ihn momentan nicht erschließe, woher die Gemeinde das Geld nehmen könnte, bittet er darum, das Finanzierungskonzept gut zu überlegen.

Die Kosten für die Nahwärme seien derzeit vergleichbar mit den Heizölkosten, hätten aber den Vorteil, dass sie sehr stabil seien und nach den Kosten für den Anschluss keine Nebenkosten mehr entstünden, antwortet Herr **Hofmann**. Für eine vernünftige Nutzung der Anlage sei es auf jeden Fall erforderlich, auch die Schule mit anzuschließen. Die Anzahl der Haushalte könne nicht genannt werden nur die erzeugte Strommenge pro Jahr.

Der Ansatz sei gut, meint Gemeinderat **Schoch** der wissen möchte, wie lange es dauern würde, bis das Darlehen getilgt sei und ob auch über andere Beteiligung bereits nachgedacht worden sei.

Bedenken hat hingegen Gemeinderat **Corell**, der sich zwar sowohl für Nahwärme als auch für Hackschnitzel aber gegen die geplante Finanzierung ausspricht. Die Gemeinde engagiere sich bereits im Bereich Kommunalbau und Breitbandausbau und jetzt auch noch im Bereich Nahwärme, gibt er zu Bedenken. Er verlange deshalb zunächst eine detaillierte Aufstellung der Kosten.

Herr **Weidner** verspricht noch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen.

Gemeinderat **Mack** nimmt sowohl als Gemeinderat als auch als Vorstandsmitglied der EMW Stellung, wo die Beteiligung schon länger diskutiert werde. Alternativ bliebe nur die Möglichkeit in eine neue Anlage in der Schule zu investieren, wo eigentlich der Platz anderweitig gebraucht werde und dann auch wieder die Gemeinde selbst für die Anlage verantwortlich wäre. Sinnvoller sei es da, die Kooperation zu unterstützen, schließt er seine Stellungnahme als Gemeinderat.

Herr **Heiden** ergänzt den Hinweis, dass der bisher für die Anlage genutzte Raum an der Schule zunächst ertüchtigt werden müsste, bevor eine neue Anlage eingebaut werden könnte, was ebenfalls Kosten verursachte und Platz beanspruche.

BM **Komor** gibt zu Bedenken, dass derzeit bereits sehr viel Geld in die Reparatur der bestehenden Anlage investiert werden müsse, ohne hier einen Mehrwert zu haben. Ein neuer Kessel werde kommen müssen, was weitere Kosten von rund 350.000 bis 400.000 € verursachen würde, prognostiziert er. Er räumt aber auch ein, dass eine detaillierte Ausarbeitung zur Finanzierung noch vorgelegt werden müsse. Es gehe deshalb heute zunächst nur um den Grundsatzbeschluss einer Beteiligung durch die Gemeinde.

Für dieses Vorgehen sprechen sich Gemeinderat **Schweizer**, Gemeinderat **Feuchter** und Gemeinderat **Zendler** aus, die die Kooperation grundsätzlich für den richtigen Schritt ansehen und über die Finanzierung und die Vertragsgestaltung separat diskutieren wollen.

Sodann lässt BM **Komor** über die Grundsatzentscheidung zur Beteiligung abstimmen.



## Öffentliche Sitzung vom 15. Mai 2019

### **§ 5 Ehemaliges Gasthaus Stern - Nutzungskonzept Vorlage: 050/2019**

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem vorliegenden Nutzungskonzept zu. Die Verwaltung wird angewiesen, das Konzept weiter zu verfolgen und Bärbel Nägele mit der detaillierten Ausarbeitung zu beauftragen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 21 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Komor** berichtet darüber, dass sich die Mainhardter Vertreter des Gemeinderats zusammen mit der Verwaltung und der Architektin Bärbel Nägele zwischenzeitlich Gedanken zur weiteren Nutzung des ehemaligen Gasthaus Stern gemacht hätten. Diese basierten unter anderem auf der Aufnahme der baulichen Substanz und der planerischen Überlegungen von Frau Nägele, wie sie in der Sitzungsvorlage Nr. 050/2019 dargestellt seien.

BM **Komor** unterstreicht, dass es zunächst nur darum gehe, dem Nutzungskonzept grundsätzlich zuzustimmen. Konkrete Beschlüsse könnten derzeit noch nicht gefasst werden. Zunächst sei es sinnvoll, für den Kernort die Aufnahme in ein Sanierungsprogramm zu beantragen, um dadurch dann bessere Fördermöglichkeiten für die Revitalisierung und den Umbau des denkmalgeschützten Gebäudes zu erlangen.

Er übergibt dann das Wort an Frau **Nägele**, die über ihre Untersuchungsergebnisse und Überlegungen berichtet. Mit dem Ziel, öffentlichen Raum in historischer Bausubstanz zu schaffen habe sie zunächst den Bestand untersucht, um entscheiden zu können, was erhalten werden könne. Demnach wäre es denkbar, denkmalbewusst und ohne große Eingriffe den Zustand der 50er-Jahre wieder herzustellen. Sie schlage hierzu vor, den Keller wieder zugänglich zu machen, indem die nachträgliche Überdeckung herausgenommen werde, die Küche ausschließlich im Catering-System nutzbar zu machen, eine barrierefreie Erschließung über einen Aufzug bis zum 1. OG zu schaffen, den früheren Tanzsaal separat zu erschließen um auch eine separate Nutzung zu ermöglichen, die Fassaden wieder in der ursprünglichen Form herzustellen und das DG, das nicht barrierefrei zu erschließen sei, nur untergeordnet zu nutzen. Nachdem der Dachstuhl keine Besonderheiten aufweise, müsse dieser auch nicht sichtbar gemacht werden.

BM **Komor** unterstreicht, dass es Ziel der Arbeitsgruppe gewesen sei, den historischen Gastraum zu erhalten und wieder nutzbar zu machen. Allerdings nicht in Konkurrenz zu bestehenden Gaststätten, sondern vielmehr als eine Art Bürgerhaus mit Catering-Küche. Dafür seien allerdings trotzdem zusätzliche Sanitäreinrichtungen erforderlich. Eine barrierefreie Erschließung bis ins DG wäre nur über einen Aufzugsturm denkbar, der in seiner Dimension sehr teuer und auch unansehnlich wäre. Deshalb wäre für das DG lediglich eine untergeordnete Nutzung denkbar.

## Öffentliche Sitzung vom 15. Mai 2019

Gemeinderat **Mack** berichtet über die Treffen der Arbeitsgruppe, in denen gute Diskussionen zum Thema geführt worden seien, die letztendlich darin mündeten, mit der Sanierung des Sterns ein Bürgerhaus für Mainhardt zu schaffen, da die Waldhalle für viele Gelegenheiten einfach zu groß sei. Der Stern hingegen könnte vor allem von Bürgern und Vereinen als gute Stube genutzt werden, unter Umständen finde sich sogar ein Verein, der die Bewirtung übernehme.

Darüber hinaus könnte sich Gemeinderat Feger auch vorstellen, den Stern als Heimatmuseum zu nutzen. Schließlich tauchten immer wieder Kulturgüter vergangener Zeiten auf, die sinnvoll gelagert werden müssten.

Das Nutzungskonzept gefalle ihm, auch wenn er seiner Zeit nicht für den Erwerb des Gebäudes gestimmt habe, räumt Gemeinderat **Kallina** ein. Da es sich dabei um ein Denkmal handle, falle die Kostenschätzung entsprechend schwer, da nicht absehbar sei, was in Sachen Statik oder Brandschutz an Leistungen erbracht werden müsste. Vor einem späteren Baubeschluss müssten deshalb auch die entsprechenden Fachplaner mit herangezogen werden.

Gemeinderat **Feuchter** regt an, zu gegebenem Zeitpunkt zu prüfen, ob die Umsetzung eventuell über die Kommunalbau erfolgen könnte, wenn sich dadurch nicht die Zuschussmöglichkeiten verschlechterten.

Bis jetzt gehe es tatsächlich nur um erste Überlegungen um zumindest ein Signal nach außen geben zu können, dass der Stern wieder genutzt werden solle, schließt BM **Komor** die Diskussion.

## Öffentliche Sitzung vom 15. Mai 2019

### **§ 6 Vergabe Windschutz Friedhof Mainhardt Vorlage: 046/2019**

#### **Beschluss:**

Der Auftrag für die Erstellung eines Windschutzes an der Aussegnungshalle in Mainhardt – in der Variante B- wird an die Firma HKW aus Mainhardt zum Angebotspreis von 40.034 € (brutto) vergeben.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig angenommen.

#### **Beratungsverlauf:**

Mit Blick auf die Sitzungsvorlage Nr. 046/2019 erinnert BM **Komor** an die vorangegangenen Beratungen zur Anbringung eines zusätzlichen Windschutzes an der Aussegnungshalle in Mainhardt. Daraufhin sei Architektin Barbara Nägele beauftragt worden, drei Angebote einzuholen. Allerdings sei nur ein Angebot eingegangen, dessen alternative Ausführungsmöglichkeiten Frau Nägele nachfolgend erläutert und sich anschließend für die Variante B mit elektrisch betriebenem Öffnungsflügel am Giebel und 3 feststehenden Elementen und zusätzlichen Schiebeelementen an der Traufseite ausspricht.

Gemeinderat **Feuchter** kündigt seine Zustimmung an, warnt aber gleichzeitig davor, mit diesem Beschluss Begehrlichkeiten zu wecken.

Ihrer Meinung nach sei dieser Windschutz verzichtbar, so Gemeinderätin **Kopf**. Sie werde sich deshalb, wie bereits beim Grundsatzbeschluss hierzu, enthalten.

## Öffentliche Sitzung vom 15. Mai 2019

### § 7 Jahresrechnung 2017- Vorläufiges Ergebnis Vorlage: 047/2019

#### Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom vorläufigen Ergebnis der Jahresrechnung 2017.

#### Beratungsverlauf:

Herr **Wagenländer** bedauert, dass wegen der Umstellung auf das NKHR die Feststellung der Jahresrechnung 2017 noch nicht möglich sei. Stattdessen enthalte die Sitzungsvorlage Nr 047/2019 aber zumindest das vorläufige Ergebnis im Bereich der Finanzrechnung und der Ergebnisrechnung. Demnach betrage der Finanzierungsmittelbedarf in der Finanzrechnung als Differenz von Zahlungsmittelüberschuss und Finanzierungsbedarf rund 1 Mio. Euro und das Gesamtergebnis der Ergebnisrechnung rund 1,6 Mio. Euro.

Die Jahresrechnung sei zwar noch nicht beschlussreif, räumt auch Frau **Kübler** ein, aber sie wolle anhand der Darstellung des vorläufigen Gesamtergebnisses in der Sitzungsvorlage doch zumindest einen Überblick geben. Anschließend gibt sie einen Ausblick auf das Haushaltsjahr 2018, für das wiederum mit einem positiven Abschluss in der Ergebnisrechnung zu rechnen sei. Im Bereich der Finanzrechnung werde von einer Kreditaufnahme von 1,6 Mio. Euro auszugehen und der Zahlungsmittelbedarf betrage 2,3 Mio. Euro.

Dieses Ergebniss berücksichtigten die gegenüber der Planung tatsächlich geringere Investitionstätigkeit und die vorgezogenen Kreditaufnahme zur Nutzung der günstigen Zinslage, ergänzt Herr **Wagenländer**.

Gemeinderat **Corell** erkundigt sich nach der Bedeutung der Position der haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen, was nach Aussage von Frau **Kübler** den früheren durchlaufenden Posten entspräche.

Was noch bis zur Fertigstellung der Jahresrechnung fehle, seien in erster Linie die inneren Verrechnungen, die das Ergebnis aber nicht im eigentlichen Sinne veränderten, stellt Gemeinderat **Schweizer** fest.

Gemeinderat **Feuchter** erkundigt sich abschließend nach der aktuellen Pro-Kopf-Verschuldung, die Frau **Kübler** mit ca. 400 Euro angibt.

## Öffentliche Sitzung vom 15. Mai 2019

### **§ 8 Kindergartenbedarfsplanung 2019/2020** **Vorlage: 043/2019**

#### **Beschluss:**

1. Der Kindergartenbedarfsplan 2019/2020 wird wie folgt fortgeschrieben:

a) Nach den fortgeschriebenen Zahlen - 234 Kindern - ergibt sich ein Bedarf von mindestens 12 Gruppen (10 Gruppen sind es aktuell), für Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt.

b) Nach den fortgeschriebenen Zahlen ergibt sich für 129 Kinder zwischen dem vollendeten ersten und dritten Lebensjahr ein Betreuungsbedarf. Ausgehend von einer Betreuungsquote von 50% wären dies 65 Plätze. Derzeit stehen insgesamt 40 U3 Plätze, drei Kleinkindgruppen (Alter 1-3 Jahren) im Kindergarten Schultheiß-Huzele, Kindergarten Herrenwiesen und Kindergarten Lachweiler (a 10 Plätze) sowie 2 altersgemischte Gruppen (a 5 Plätze) im Kindergarten Bubenorbis und Kindergarten Ammertsweiler (ab 2 Jahre) zur Verfügung.

2. Der Waldkindergarten wird weiterhin als freier Träger mit einer Gruppe von 20 Kindern im Alter von drei bis Schuleintritt mit verlängerten Öffnungszeiten in der Bedarfsplanung der Gemeinde Mainhardt berücksichtigt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Gemeinderat Zendler

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Komor** verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 043/2019, die eine ausführliche Darstellung der Bestandsaufnahme, der Entwicklung der Kinderzahlen und Betreuungsplätze sowie die aktuellen Belegungszahlen und die Entwicklung der Kosten enthalte. Anhand einer Präsentation erläutert Herr **Göbel** seinen Bericht zur Kindergartenbedarfsplanung und macht deutlich, dass es sich dabei um eine Fortschreibung der bisherigen Erhebungen handle. Die Zahlen auch hinsichtlich der Anzahl der betreuten Kinder entsprächen weitestgehend den des letzten Jahres.

Herr **Göbel** macht deutlich, dass die Plätze künftig nicht mehr ausreichen werden und die Einrichtungen mit Ausnahme Bubenorbis und Lachweiler voll seien. In diesen Einrichtungen gebe es noch wenige Restplätze. Gleichzeitig stiegen die Anforderungen an die Betreuungsformen und Öffnungszeiten, so dass er hier einen dringenden Handlungsbedarf sehe.

Ergänzend hierzu stellt Herr **Wagenländer** die Kostenentwicklung dar, wonach sich der Grad der Kostendeckung durch die gestiegene Förderung des Landes für die Kleinkindgruppe erhöhe.

BM **Komor** stellt abschließend fest, dass der Bedarf sowohl quantitativ als auch qualitativ steige.

## Öffentliche Sitzung vom 15. Mai 2019

### § 9 **Neubau Kindergarten** **- Vergabe** **Vorlage: 039/2019**

#### Beschluss:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Planung und Errichtung des Kindergartenneubaus an den günstigsten Bieter, die Firma Komminvest aus Langenburg, zu einem Bruttoangebotspreis von 2.729.611,93 € zu vergeben.
2. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung der Anträge auf Fachförderung und Ausgleichsstock bzw. dem Zugang einer Unbedenklichkeitsbescheinigung auf vorzeitigen Baubeginn.

#### Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 21 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

#### Beratungsverlauf:

Der eben beschlossene Kindergartenbedarfsplan unterstreiche die Dringlichkeit des Kindergartenneubaus, eröffnet BM **Komor** diesen Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herr **Heiden**, der über die Ergebnisse der Ausschreibung berichtet. Als günstigster Bieter unter Einhaltung des vorgegebenen Zeitplans sei die Firma Komminvest aus Langenburg hervorgegangen.

Zur Umsetzung brauche es außer der Vergabe aber auch noch die Genehmigung der Planung um die Fertigstellung im Dezember und die Inbetriebnahme im Januar schaffen zu können, macht Herr **Heiden** deutlich.

Gemeinderat **Schweizer** erkundigt sich nach der Finanzierung, nachdem die ursprüngliche Kostenschätzung geringer gewesen sei und mit welchen Fördermitteln gerechnet werde.

Hierzu erläutert Herr **Wagenländer**, dass die Räumlichkeiten des Kindergartenneubaus, die zunächst noch von der Schule genutzt würden, auch kostentechnisch dort veranschlagt wären. Außerdem seien zur Finanzierung Mittel aus dem Ausgleichsstock in Höhe von rund 400.000 € beantragt worden.

Der Antrag auf Fachförderung belaufe sich zusätzlich auf 480.000 € ergänzt Herr **Göbel**, sodann ruft BM **Komor** zur Beschlussfassung auf.

## Öffentliche Sitzung vom 15. Mai 2019

### **§ 10 Schulsanierung Helmut-Rau-Schule - Vergabe Übergangslösung Vorlage: 040/2019**

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Erwerb der Containeranlage bis zu den in der Kostenschätzung angenommenen Kosten in Höhe von 487.000 € durchzuführen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Gemeinderat Nagel

#### **Beratungsverlauf:**

Herr **Heiden** stellt anhand der Sitzungsvorlage Nr. 040/2019 dar, dass der Erwerb einer Containeranlage günstiger zu erwarten sei als deren Anmietung. Deshalb seien über die noch laufende Ausschreibung sowohl gebrauchte als auch neue Anlagen angefragt worden. Das Ergebnis werde in den nächsten Tagen erwartet.

In den Baukosten zur Schulsanierung sei die Interimslösung aber bereits mit 487.000 € veranschlagt und auch finanziert. Um schnell handeln zu können, brauche es deshalb die Ermächtigung, die Vergabe bis zu diesem Betrag vornehmen zu können, sobald die Submission erfolgt sei. Anhand einer Handskizze erläutert Herr **Heiden** den Aufbau der Anlage im Grundriss.

BM **Komor** kündigt an, dass im Sommer eine Infoveranstaltung in der Waldhalle für alle Interessierten geplant sei um dabei sowohl über den Neubau des Kindergartens als auch über die Sanierung der Schule informieren zu können.

## Öffentliche Sitzung vom 15. Mai 2019

### **§ 11 Pumpgebäude Baad einschließlich Förderleitung - Vergabe Vorlage: 038/2019**

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Arbeiten zur Erneuerung des Pumpgebäudes Baad wie folgt zu vergeben:

1. die Roh- und Erdbauarbeiten an die Fa. Ebert aus Amtsgmünd zu einem Angebotspreis von –brutto- 41.500,00 €
2. die weiteren Leistungen nach Einholung der entsprechenden Angebote bis zu den in der Kostenzusammenstellung des Büros Bürgel festgelegten Obergrenzen

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesen: Gemeinderat Nagel

#### **Beratungsverlauf:**

Herr **Heiden** verweist auf den Sachverhalt der Sitzungsvorlage Nr. 038/2019. Er bedauere, dass mit dem Ingenieurbüro Haas keine Einigkeit hätte erzielt werden können. Um so erfreulicher sei es, für diese Aufgabe das Ingenieurbüro Bürgel zusammen mit der ausführenden Firma Ebert kurzfristig gewinnen haben zu können. Die im Haushaltsplan dafür vorgesehenen Mittel würden entsprechend der vorliegenden Kostenberechnung sogar unterschritten.



## Öffentliche Sitzung vom 15. Mai 2019

### **§ 12 Bebauungsplan Quartier Schönblick, 1. Änderung - Satzungsbeschluss Vorlage: 041/2019**

#### **Beschluss:**

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 1) werden zur Kenntnis genommen und die Abwägungsvorschläge der Verwaltung entsprechend beschlossen.
2. Der Bebauungsplan „Quartier Schönblick, 1. Änderung“ vom 15.05.2019 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen und den örtlichen Bauvorschriften, jeweils mit Datum vom 15.05.2019, gefertigt vom Büro Knorr & Thiele Architekten, Öhringen, gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO als Satzung beschlossen. Es gilt die Begründung vom 15.05.2019.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 21 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Komor** verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 041/2019 und erinnert daran, dass die Änderung des Bebauungsplans erforderlich geworden sei, um die Planung der Kommunalbau umsetzen zu können. Da im Rahmen der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange keine Stellungnahmen eingegangen seien, die eine weitere Änderung erforderlich machten, schlage er vor, den Bebauungsplan mit seinen Anlagen als Satzung zu beschließen.

## Öffentliche Sitzung vom 15. Mai 2019

### **§ 13 Außenbereichssatzung Baad, 1. Änderung - Satzungsbeschluss Vorlage: 042/2019**

#### **Beschluss:**

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 1) werden zur Kenntnis genommen und die Abwägungsvorschläge der Verwaltung entsprechend beschlossen.
2. Die Außenbereichssatzung „Baad, 1. Änderung“ vom 15.05.2019 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen und den örtlichen Bauvorschriften, jeweils mit Datum vom 15.05.2019, gefertigt vom Fachbereich Kreisplanung Landratsamt Schwäbisch Hall, als Satzung beschlossen. Es gilt die Begründung vom 15.05.2019.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Gemeinderat Kallina

#### **Beratungsverlauf:**

BM Komor verweist auf den in der Sitzungsvorlage Nr. 042/2019 ausführlich dargestellten Sachverhalt. Da sich auch hier aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange keine neuen Fakten ergeben hätten, könne die Änderung als Satzung beschlossen werden.

## Öffentliche Sitzung vom 15. Mai 2019

### **§ 14 Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Ziegelbronn - Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: 044/2019**

#### **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat beschließt die Aufstellung einer Klarstellungs- und Ergänzungssatzung für den Wohnplatz Ziegelbronn.
2. Dem Entwurf der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Ziegelbronn vom 15.05.2019, gefertigt vom Fachbereich Kreisplanung, Landratsamt Schwäbisch Hall wird zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Maßgeblich ist der Lageplan mit Begründung und Textteil vom 15.05.2019.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 21 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

#### **Beratungsverlauf:**

Frau **Häfner** gibt einen kurzen Rückblick auf die in Ziegelbronn mit der Einwohnerschaft geführten Gespräche und die im Anschluss daran eingegangenen Vorschläge zur Abgrenzung der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung, die zwischenzeitlich vom Kreisplanungsamt ausgearbeitet worden sei. Sowohl der Lageplan als auch die textlichen Fessetzungen seien der Sitzungsvorlage Nr. 044/2019 angehängt.

Fragen ergeben sich nur hinsichtlich der grau schraffierten Fläche, bei der es sich um eine Fläche außerhalb des Geltungsbereichs handle, die nicht bebaut werden sondern für den naturschutzrechtlich geforderten Ausgleich zur Verfügung stehen solle, erläutert Frau **Häfner**.

**§ 15 Anschaffung Motorradlärm-Display  
- mündlicher Bericht**

**Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom mündlichen Bericht zur Anschaffung eines Motorradlärm-Displays.

**Beratungsverlauf:**

BM **Komor** greift die Pressemitteilung des Ministeriums für Verkehr auf zur Senkung des Motorradlärms durch den Einsatz von Motorradlärm-Displayanzeigen und berichtet über die aktuellen Bemühungen hierzu. Im Lärmaktionsplan der Gemeinde Mainhardt sei der Motorradlärm zwar nicht explizit erwähnt, er nehme tatsächlich aber immer mehr zu. Auch wenn im letzten Jahr bereits verstärkt Kontrollen stattgefunden hätten, so sei eine Abhilfe doch nur in geringem Maße möglich. Die Kommunen versuchten deshalb jetzt im Zusammenschluss als Interessensverband neue Wege zu beschreiten um selbst Motorrad-Displays anschaffen zu können. BM **Komor** erläutert die Funktionsweise dieser Displays und zeigt anhand der Pressemitteilung auf, welche Wirkung damit bereits erzielt worden sei. Für Mainhardt sei deshalb bereits der Bedarf an einem solchem Motorrad-Display angemeldet worden.

Gemeinderat **Schoch** erkundigt sich daraufhin, ob die Anlage dann allen Kommunen gemeinsam gehören soll oder ob es dann eine ausschließlich für Mainhardt gäbe. Für Mainhardt sei eine eigene Anlage angemeldet, antwortet BM **Komor**.

Er unterstütze jede Maßnahme, die im Kampf gegen Motorradlärm zu Verbesserungen führe, macht Gemeinderat **Mack** deutlich, auch wenn er eigentlich der Meinung sei, dass dies Aufgabe des Ministeriums sei und nicht der einzelnen Kommunen.

Es dürfe dabei nicht vergessen werden, dass es nicht nur der Lärm der Motorräder sei, der von den Anwohnern wahrgenommen und als Störung empfunden werde, warnt Gemeinderat **Bommerer**.

**Öffentliche Sitzung vom 15. Mai 2019**

**§ 16 Bausachen**

**Beratungsverlauf:**

Es stehen aktuell keine Bausachen zur Beratung an.